Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 281. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonnabend, den 3 Dezember 1927

Bilder von der Abrüstungskonferenz.

Von einem in Genf weilenden Journalisten.

Verlegung des Völkerbundsitzes? — Die Gäste aus Moskau. Eine Armee von Geheimpolizisten. — Kein Abbau der allgemeinen Wehrpflicht! — Die Schaffung eines eigenen Völkerbundstaates.

Genf, Anfang Dezember.

Weltab vom grünen Genfer See, in Wien, gab es diesmal ein seltsames Vorspiel zu der Völkerbundveranstaltung. Der österreichische Bundespräsident Dr. Seipel erklärte bei einer eigens herbeigeführten Gelegenheit, daß Wien nicht den Wunsch habe, Genf als Sitz des Völkerbundes Konkurrenz zu machen, falls die Schweiz Wert darauf lege, den Völkerbund zu behalten. Erst bei diesem Anlaß erfuhren wohl weitere Kreise, daß Bestrebungen zur Verlegung des Völkerbundsitzes nach Wien bestehen.

In der Tat kann man die hiesige Stimmung beim Zusammentritt der diesjährigen Dezembertagung als lustlos bezeichnen. Zwar bedeutet die Teilnahme der Russen an den Abrüstungsverhandlungen für die abwechslungsbedürftigen Genfer eine Sensation. Aber die Russen selbst und die für ihre Sicherheit verantwortlichen schweizerischen amtlichen Organe empfinden die auf sie gelenkte Aufmerksamkeit mit wenig Vergnügen. Man behauptet, daß die Polizei Vorkehrungen zum Schutz des Lebens der russischen Diplomaten getroffen hat, wie sie in solchem Umfange noch niemals für irgendeine die Heimat Tells besuchende Persönlichkeit notwendig gewesen sind. Ein Heer von Geheimpolizisten, wie es in Genf noch niemals vereinigt war, bewacht und beobachtet den Wohnsitz und die Ausfahrten der Russen. Es wird weiter behauptet, daß ein nicht minder großes Aufgebot tätig sei, um jeden Versuch einer Demonstration aus den Arbeitervorstädten heraus, von wo das unvergessene Pflastersteinattentat auf das Glashaus des Völkerbundpalastes erfolgt ist, im voraus zu vereiteln.

Alles das stört die Ruhe der sonst üblichen gehobenen Genfer „Atmosphäre", alles das geht dem Empfinden des für möglichst geringe Polizeiaufsicht schwärmenden freien Schweizers sehr gegen das Empfinden. Und aus diesen Stimmungen heraus ließe es sich schon verstehen, daß der Durchschnittsschweizer mindestens solche Sensationstagung gern jedem anderen Volke überlassen würde, welches sich nach der Ehre drängen würde, was man freilich nicht laut sagen darf.

Man darf überhaupt vieles hier nicht laut sagen, und dazu gehört, daß der Schweiz die ganze Abrüstungsdebatte, sagen wir es einmal derb volkstümlich, wie der unverbildete einfache Mann spricht, zum Halse heraushängt. An den Ernst des Abrüstungswillens der großen Militär- und Seemächte glaubt man um so weniger, je länger man Gelegenheit hat, die schwungvollen Reden der beteiligten Staatsmänner aus nächster Nähe zu hören. Aber es gibt in diesen Reden einen Punkt, bei dem jeder echte Schweizer sofort hochgeht, und das ist die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Eine solche Forderung, die ja in den Abrüstungsverhandlungen eine bevorzugte Stellung einnimmt, könnte in der Tat einmal mit Mehrheit angenommen werden. Da es nach dem Urteil der militärischen Sachverständigen zweifelhaft ist, ob in einem Zukunftskriege die Massenheere einen größeren Wert haben werden als eine durchgeschulte Truppe von Berufssoldaten, so könnten manche Großmächte auf die allgemeine Wehrpflicht eher verzichten, als es nach schweizerischer Auffassung die Schweiz kann. Das Milizsystem, das jeden waffenfähigen Mann in den Dienst der Vaterlandsverteidigung stellt, ist aber in der Schweiz heraus bis in die politisch linksstehenden, grundsätzlich antimilitaristischen Parteien und Volksmassen so beliebt, daß jetzt Gesellschaften von unbedingt pazifistischer Einstellung für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht in der Schweiz eine öffentliche Propaganda entfalten.

Dazu kommt dann noch ein anderer Völkerbundärger. Der Völkerbund ist eine Einrichtung zur Erhaltung des Friedens. Schön, wenn er seinen Zweck erfüllen kann. Aber gesetzt den Fall, es käme einmal zu einem neuen Krieg, und in diesen Krieg würde — unmöglich ist nichts — die Schweiz wider ihren Willen verwickelt, was soll dann aus dem Völkerbund werden? Auf dem Boden eines kriegführenden Staates könnte er nicht weiter tagen, das ist klar. Zudem läge Genf, seit die Neutralität der Savoyer Zonen faktisch aufgehört hat, unmittelbar im Bereich der französischen Geschütze und Gewehre. Da hat es nun gerade noch gefehlt, daß ein Kreis von biederen Genfer weltfremden Idealisten den Plan ausgeheckt hat, um solche Schwierigkeiten zu beseitigen, Genf von der Schweiz abzutrennen und gemeinsam mit einem Stück der Savoyer Zonen als ein besonderes, unter einem von allen Völkern verbürgten Gottesfrieden stehendes Völkerbundland selbständig zu machen! Da hört aber für den Durchschnittsschweizer die Gemütlichkeit auf. Die Trennungsgefahr ist zwar nicht groß, aber daß man überhaupt von solchen Aussichten sprechen kann, verstimmt und trägt dazu bei, daß man in diesen Dezembertagen nirgends weniger Völkerbundbegeisterung findet als hier bei den Bürgern der Völkerbundstadt.

Geldsorgen des Handwerks.

Klagen sämtlicher Handwerkergruppen.

Das Kapital der Preiswirtschaft gibt dem Handwerk immer wieder zu Klagen Anlaß. Ganz besonders wird über die Preisunterbietungen bei öffentlichen und privaten Ausschreibungen geklagt. Das Handwerk in den ländlichen Bezirken hat sehr schwer unter den Zahlungsverhältnissen zu leiden. Es sind Fälle bekanntgeworden, in denen den Handwerkern nur dann Aufträge erteilt wurden, wenn sie sich damit einverstanden erklärten, daß die Zahlung erst nach der Ernte 1928 erfolgt.

Die Lage im Baugewerbe ist nicht einheitlich. Sehr bedenklich müssen die Verhältnisse auf dem baugewerblichen Markt stimmen. Ein großer Teil des Baugewerbes hat sehr erhebliche Außenstände von fertiggestellten Bauten, deren Begleichung sobald nicht möglich ist. Teilweise wird man die Ursache dieses Zustandes darin erblicken können, daß die den Bauherren versprochenen Hypothekengelder diesen nicht zur Verfügung gestellt worden sind. Im Bekleidungsgewerbe hat sich fast nichts geändert. Die Lage kann auch heute nicht als befriedigend bezeichnet werden. Besonders bewegliche Klagen bringt das Schuhmacherhandwerk vor. Die Anfertigung von Maßarbeit geht immer mehr zurück. Bezüglich der metallverarbeitenden Gewerbe sind größere Veränderungen nicht zu berücksichtigen, ebenso nicht bezüglich der holzverarbeitenden Gewerbe. Im Nahrungsmittelgewerbe ist die Lage im wesentlichen unverändert.

Außenminister Stresemann nach Genf abgereist

Bernstorff zur Sicherheitsfrage.

Die Außenminister in Genf.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat Freitag früh die Reise nach Genf angetreten. Er wird zunächst in Nürnberg Station machen, um dort an einer Versammlung teilzunehmen. Dort trifft er mit dem Staatssekretär v. Schubert, Ministerialdirektor Gaus und den übrigen Mitgliedern der deutschen Delegation zusammen und wird mit ihnen die Reise nach Genf fortsetzen. Voraussichtlich werden schon am Sonntag die wichtigen Besprechungen zwischen den in Genf versammelten Außenministern über die Fragen der internationalen Politik einsetzen, deren wichtigste augenblicklich das Verhältnis zwischen Polen und Litauen ist.

Der polnische Außenminister Zaleski wird am Sonntag in Genf sein. Ob Marschall Pilsudski ebenfalls nach Genf kommt, ist auch jetzt noch nicht entschieden. Das Erscheinen des litauischen Präsidenten Woldemaras soll

Der litauische Ministerpräsident Woldemaras, den der polnische Ministerpräsident Pilsudski für „verrückt" erklärt hat.

aber sicher sein. Von der sowjetrussischen Delegation sind bereits zwei Delegierte nach Berlin abgereist, und zwar der stellvertretende Chef des Stabes, Pugatschew, und Admiral Behrens. Die übrigen Delegierten werden nach den bisherigen Dispositionen Genf am Sonnabend verlassen. Es verlautet jedoch, daß die russische Delegation einen Beobachter in Genf zurücklassen wird.

Beschlußnahme des Reichskabinetts.

Wie man hört, hat sich das Reichskabinett nach dem Vortrage des Reichsaußenministers mit der [illegible] Taktik in Genf befaßt; im Kabinett herrscht völlige Einmütigkeit über die Art und Weise, wie der polnisch-litauische Konflikt behandelt werden soll.

Der Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Pünder, der ebenfalls nach Genf reisen sollte, wird noch einige Tage in Berlin bleiben. Man muß annehmen, daß diese Verschiebung der Reise des Staatssekretärs mit den Schwierigkeiten in der Schulfrage zusammenhängt, die neuerdings entstanden sind.

Die Sicherheitsbestrebungen.

Zu seiner zweiten Sitzung trat das Sicherheitskomitee in Genf zusammen. Der Vorstand legte ein Arbeitsprogramm vor. Der Führer der jugoslawischen Delegation bezeichnete dabei den kürzlich abgeschlossenen Vertrag Frankreichs mit Jugoslawien als ein Sicherheitsmittel. Nach ihm sprach der

deutsche Vertreter Graf Bernstorff.

Er betonte eindringlich die Notwendigkeit, die Schiedsgerichtsbarkeit auszubauen und ein Verfahren zu schaffen, das die friedliche Regelung aller internationalen Konflikte gewährleistet. Die Lösung aller anderen damit zusammenhängenden Fragen ergebe sich dann von selbst. Zur Sicherheitsfrage selbst erklärte er schließlich, daß die deutsche Auffassung über den Zusammenhang zwischen

Abrüstung und Sicherheit

bekannt sei. Er wiederholte die vom Reichsminister Dr. Stresemann in der letzten Völkerbundversammlung abgegebene Erklärung, daß Deutschland zur positiven Mitarbeit bereit sei, daß jedoch das Sicherheitsproblem in seinem ganzen Umfang untersucht werden müsse. Zur Bestimmung des Ausgangspunktes für die Verhandlungen könne einzig und allein das zu erreichende Ziel, nämlich die Verhinderung von Kriegen und die Gewährleistung der Aufrechterhaltung des Friedens maßgebend sein. Wir müssen immer die Tatsache vor Augen haben, sagte Bernstorff, daß wir niemals in der Lage sein werden, den Ausbruch von Konflikten zu verhindern, da internationale Konflikte immer wieder entstehen werden. Wichtig und entscheidend ist es deshalb, daß

ein anderes Mittel als der Krieg

zur Lösung dieser Konflikte gefunden wird. Das Sicherheitskomitee muß also mit der Prüfung der Mittel beginnen, die uns für die friedliche Regelung bestehender oder künftiger Konflikte zur Verfügung stehen. Ich bin der Meinung, daß die unter diesem Gesichtswinkel sich bietenden Möglichkeiten weder durch den Völkerbundpakt noch durch die Fakultativklausel über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag vollkommen zur Wirksamkeit gebracht werden. Man muß also ergänzende Mittel und Methoden und neue konstruktive Ideen finden, die allein die Lösung des vorliegenden Problems ermöglichen. Hüten wir uns, bei einer Behandlung der äußeren Symptome haltzumachen, das Übel muß an der Wurzel gefaßt werden.

Der Präsident des Komitees, Benesch, schlug nach der Rede Bernstorffs vor, daß die einzelnen Delegationen etwaige weitere Anregungen bis zum 1. Januar nächsten Jahres dem Vorstandsbureau einreichen sollen. Es wurde weiter beschlossen, daß das Vorstandsbureau des Sicherheitskomitees die Festsetzung der zweiten Tagung des Komitees vornehmen soll, nachdem der Vorbereitende Abrüstungsausschuß das Datum für die zweite Lesung bestimmt haben wird. Als letzter Redner forderte Lord Cushendun, daß der Begriff der Sicherheit nicht zu eng gefaßt werde. Gegenüber neuen Vorschlägen sollte sich das Sicherheitskomitee auf keinen Fall verschließen. — Damit war die Aussprache geschlossen.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen.

Dr. Hermes in Warschau.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, ist in Warschau eingetroffen und die Verhandlungen dürften sofort ihren Anfang nehmen. Sie werden sich zunächst auf die Geschäftsordnung der Besprechungen beziehen. An erster Linie dürfte der Abbau der gegenseitigen Kampfmaßnahmen, der durch den bisherigen Wirtschaftskrieg veranlaßten Vergeltungszölle und Einfuhrverbote, in Angriff genommen werden. Über das von der deutschen Reichsregierung für die Einfuhr polnischer Schweine bewilligte Kontingent ist bereits in Berlin verhandelt worden. In der Frage der von Deutschland zu gewährenden Kontingente für polnische Kartoffeleinfuhr ist der deutschen Delegation freie Hand gelassen worden. Wichtiger Verhandlungsgegenstand ist auch die Kohlenfrage; es dürfte die Möglichkeit von deutsch-polnischen Preiskonventionen auf dem Kohlenmarkt erwogen werden.

Strafrechtsreform und Reichstagsauflösung.

Ein Briefwechsel D. Dr. Kahl—Dr. Marx.

Der Berliner Rechtslehrer Prof. D. Dr. Kahl, Mitglied der Deutschen Volkspartei, hatte als Vorsitzender des Reichstagsausschusses zur Beratung des Strafgesetzbuches an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er seiner Besorgnis um das weitere Schicksal des großen Strafgesetzgebungswerkes Ausdruck verlieh. Was, fragte er, würde aus der seit 25 Jahren vorbereiteten Strafrechtsreform werden, wenn, wie vielfach gerüchtweise verlaute, der Reichstag im Frühling 1928 aufgelöst werden sollte? Würde dann alle Arbeit umsonst getan sein? Die entstandene Beunruhigung, so hieß es dann am Schlusse des Briefes, würde beseitigt werden, wenn die Reichsregierung die Versicherung gäbe, daß bei etwaigen Erwägungen über eine vorzeitige Reichstagsauflösung die

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF